Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A., Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 209. Postscheckkonto: Dresden 18 600.

Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandsseite, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grabe, Dresden; für Ausland: Karl Preßner, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Fritz Ritscher, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

7. Jahrgang — Dresden, Montag den 28. Dezember 1931 — Nummer 215

Neue Kriegsprovokation gegen Sowjetunion

GPU enthüllt Attentatsplan . Tschechisches Botschaftsmitglied Vanjep organisiert Anschlag auf japanischen Botschafter

Moskau, 26. Dezember (Eig. Meld.)

Die Verschwörung einer ausländischen diplomatischen Macht in Moskau zum Anschlag auf den japanischen Botschafter, die einen Krieg zwischen der Sowjetunion und Japan provozieren sollte, erregte großes Aufsehen.

Bei dem, von den Sowjets sofort ausgewiesenen Diplomaten handelt es sich um den Legationsrat Dr. Vanjep von der tschecho-slowakischen Vertretung. Vanjep, der leider immun ist, und der von der Sowjetjustiz nicht belangt werden kann, ist bereits nach dem Auslande abgereist.

Jetzt wo der Name des Täters bekannt ist, ergeben sich eine Reihe zwingender Schlüsse. In dem Kontinentalblock Frankreichs spielt die Tschechoslowakei, die ökonomisch, politisch und militärisch aufs engste an den französischen Imperialismus gekettet ist, **eine bedeutende Rolle.** Das Individuum Vanjep hat nicht aus sich heraus gehandelt. Er wollte einen Mörder dingen und ist selbst gedungen. Gedungen von wem? Die Antwort ist nicht schwer. Man braucht nur daran zu denken, daß der größte Rüstungsbetrieb der Tschechoslowakei, die **Skoda-Werke,** bei dem japanischen Ueberfall auf die Mandschurei ein glänzendes Geschäft machte. Die Skoda-Werke wieder sind aufs engste mit Schneider-Crenzot, dem französischen Krupp verbunden. **Frankreichs Hand ist wieder im Spiel.** Man will dem japanischen Imperialismus einen bequemen Vorwand schaffen, **den Kriegsbrand von China auch in die Sowjetunion selbst hineinzutragen.**

Nun ist dieser Anschlag an der Wachsamkeit der GPU gescheitert. Er wird nicht der letzte bleiben. Abermals erfahren die Werktätigen Deutschlands und der ganzen Welt, **wie groß und akut die Kriegsgefahren sind, die dem Lande der Arbeiter und Bauern drohen.** Ein neuer Beweis ist dafür geliefert, daß die Imperialisten keinen Augenblick für Intrigen gegen die Sowjetunion vorübergehen lassen werden. Der Fall Vanjep ist der Fall des Weltimperialismus, nur als solcher kann er beurteilt werden.

Die Diplomaten-Verschwörung ermahnt alle Werktätigen, auf der Wacht zu sein gegen den Imperialismus, für den der Krieg gegen das erste Land der proletarischen Diktatur nicht nur ein gutes Geschäft, sondern Kampf um die eigene Existenz ist.

Blutiger Burgfrieden in Deutschland

Provokationen der Faschisten führen zu Zusammenstößen . Ein Arbeiter getötet

Berlin, 28. Dez. (Eig. Meld.)

In Schwand bei Grimmen kam es während einer Stahlhelmveranstaltung zu Zusammenstößen mit Arbeitern. Dabei wurde von der eingreifenden Polizei ein Arbeiter getötet und ein zweiter schwer verletzt.

Hamborn, 27. Dez. (Eig. Meld.)

In Hamborn provozierte in den frühen Morgenstunden des zweiten Feiertages ein Trupp Hakenkreuzler die proletarische Bevölkerung. Bei den Zusammenstößen wurde ein Nazi schwer verletzt.

Berlin, 28. Dez. (Eig. Meld.)

„Der Tag" meldet, daß es in Breslau zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen ist, wobei ein Nazi schwer und vier weitere Personen leichter verletzt wurden.

Blut-Weihnachten in Damaskus

Stambul, 27. Dez. (Eig. Meld.)

In Damaskus, Syrien, eröffneten die französischen Truppen das Feuer auf eine vieltausendköpfige Menge. 32 Personen wurden getötet und 600 verwundet. Große Unruhen brachen ebenfalls in Beyrut und Aleppo aus.

Hungermarsch in Paris

Paris, 27. Dez. (Eig. Meld.)

Die Pariser Arbeiterschaft erkämpfte sich am „Heiligen Abend" die Straße für einen wuchtigen Hungermarsch. In Mont-Martre, Mont Parnasse, Elsees waren die Straßen schwarz von Arbeitern, die mit dem Ruf „Arbeit und Brot", „Nieder mit dem Hungersystem", demonstrierten. Ein außerordentliches Polizeiaufgebot versuchte die Straße zu räumen. Die Massen ließen sich jedoch nicht verdrängen, um nach dem Willen der französischen Bourgeoisie ihre Sorgen im stillen Kämmerlein zu verbergen.

Es kam vielfach zu Handgemengen und Straßenkämpfen, die an manchen Punkten stundenlang dauerten. Drei Polizeibeamte sollen so schwer verletzt worden sein, daß sie in das Krankenhaus überführt werden mußten. 40 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Kamenzer Textilkampf abgewürgt

Freie Vereinbarung der DTV-Bürokratie hinter dem Rücken der Streikenden . Antwortet mit Massenmobilisierung für RGO und KPD!

Der fast drei Wochen durchgeführte heroische Kampf der Kamenzer Textilarbeiter gegen weitere Verschlechterung ihrer elenden Lebensbedingungen wurde durch den Verrat der DTV-Bürokratie abgebrochen, die hinter dem Rücken der Streikenden folgende freie Vereinbarung getroffen haben: Sofortiger Lohnabbau von 4 Prozent, ab 1. Januar nochmals 3 Prozent.

Am Montag, dem 21. Dezember, bemühte sich der Bonze Mißbach in einer Streikversammlung, die mit den Unternehmern getroffene Vereinbarung an den Mann zu bringen. Als die Textiler den Dolchstoß der DTV-Bürokratie anprangerten und Fortführung des Kampfes in Aussicht stellten, drohte Mißbach mit der Notverordnung über den Weihnachtsfrieden und erklärte wörtlich: „Ich bin nur ein Unteroffizier und habe die Befehle des Hauptmanns (DTV-Vorstand!) auszuführen."

Damit gibt die DTV-Bürokratie zu, daß sie sich auch hier **wieder bewußt an die Spitze des Streiks gestellt hat, um ihn abzuwürgen.** Während der gesamten Dauer des Streiks haben deshalb auch Mitglieder des DTV als Streikbrecher gearbeitet.

Am 22. 12. wurde die Arbeit in folgenden Betrieben aufgenommen: Riegel, Roske, O. Müller, Lesche, Linke und Herrenmühle und heute bei Müller & Arnhold und Minkwitz. Wieder gelingt es den Verrätereien der SPD- und Gewerkschaftsführer, die Streikenden in die Betriebe zurückzujagen.

Für die Partei und RGO stellen wir in aller Offenheit selbstkritisch folgende Mängel, die mit zum vorzeitigen Abbruch des Kampfes beitrugen, fest: Die schlechte Verankerung der Partei und RGO in den Betrieben. Die Führung des Streikes wurde in den Händen der Reformisten gelassen. Ungenügende Entlarvung der Rolle der Gewerkschaftsführer, die von Anfang an auf den Abbruch des Streikes hinarbeiteten. Keine genügende Festigkeit der Massenstreikposten. Ungenügende Mobilisierung und Heranziehung der Erwerbslosen zur Unterstützung der Streikenden. Keine ernsthafte Mobilisierung der übrigen Arbeiterkategorien und der werktätigen Mittelschichten.

Diese Fehler und Mängel gilt es in kürzester Zeit wiedergutzumachen durch gesteigerte Arbeit in den Betrieben zur Stärkung der Positionen der Partei und RGO und damit zur Steigerung unseres Einflusses in den Betrieben.

Rücksichtslose Entlarvung der verräterischen Rolle der DTV-Bürokratie (Mißbachs Eingeständnis!) und gleichzeitiger Verstärkung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, besonders für die jetzt bevorstehenden Ortsverwaltungswahlen für die Aufstellung revolutionärer Kandidaten der oppositionellen Gewerkschaftsopposition.

Schaffung einer breiten Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen die Notverordnungspolitik der Schlieck-Brüning, gegen die Tolerierungspolitik der SPD- und ADGB-Bürokratie, für den Klassenkampf um Arbeit, Lohn, Brot und Freiheit!

Die Young-Sklaverei bleibt!

Nur revolutionärer Klassenkampf sprengt die Tributfesseln!

Die Beratungen des Basler Sonderausschusses, der von den an der Reparationsfrage beteiligten Regierungen zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit eingesetzt war, haben mit einer Niederlage der deutschen Bourgeoisie geendet. Der weise Schluß dieses Ausschusses, der fast drei Wochen lang tagte, ist der, daß die Reparationszahlungen weiter geleistet werden müssen. Die Ausplünderung der werktätigen Massen Deutschlands für die Profit- und Tributinteressen einer internationalen Bande von Großkapitalisten, Bankkönigen und Börsenwölfen, nimmt also ihren Fortgang. Trotz dieser eindeutigen Feststellung wird von der Reichsregierung und ihrer Presse das Ergebnis der Beratung des Sonderausschusses so dargestellt, als wenn der Youngplan sein Ende gefunden hätte. In Wirklichkeit wurde ein Antrag, den Regierungen die Streichung aller Tribute zu empfehlen, abgelehnt und statt dessen den Regierungen anheim gestellt, die „Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt" ohne Verzug vorzunehmen. Das heißt auf gut deutsch, an den Reparationszahlungen wird nicht gerüttelt, nur über die einzelnen Bedingungen, nach denen sie geleistet werden müssen, wird man sich wieder einmal unterhalten. Zu diesem Zweck soll eine neue Konferenz von Vertretern der beteiligten Regierungen im Januar stattfinden.

Das Ergebnis dieser Konferenz wird aber kein anderes sein, als wie es bereits durch das Gutachten des Sonderausschusses vorgezeichnet ist. Die deutsche Regierung selbst hat ja auch auf der Basler Konferenz durch ihren „Sachverständigen" ihre Zahlungsbereitschaft dokumentieren lassen. Sie selbst hat die alljährliche Zahlung von 2 Milliarden Mark Zinsen für öffentliche und private Anleihen sowie Rückzahlungen für Auslandsschulden in der Höhe von mehreren hundert Millionen Mark angeboten. Diese Zahlungsbereitschaft der deutschen Bourgeoisie, die verfilzt und verschwägert ist mit dem internationalen Finanzkapital, das überall unter den Schlägen der Weltkrise erzittert, wird auch weiterhin der Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen dienen.

An der Seite der Bourgeoisie befindet sich auch hier wieder ihre stärkste Stütze, die Sozialdemokratie. Sie deckt und unterstützt die Ausplünderung des deutschen Volkes durch die ausländischen Imperialisten genau so wie die Lohnabbauoffensive der deutschen Unternehmer. Aber auch Herr Hitler, der „Kämpfer für die nationale Befreiung" hat bereits Anfang Dezember in einer Rede vor 40 ausländischen Journalisten die Zahlungen der Privatschulden und die Tributverpflichtungen anerkannt.

Trotzdem wird von der Regierung, der bürgerlichen Presse und besonders den SPD-Zeitungen erneut versucht, Illusionen in der werktätigen Bevölkerung Deutschlands über eine Aenderung der Reparationspolitik zu erwecken. So wie bei der Einführung des Dawes-Planes, des Youngplanes und des Hoover-Moratoriums sollen die Werktätigen Massen durch einen großzügigen Schwindel der kapitalistischen Presse über die wirkliche Lage hinweggetäuscht werden. An all diesen sogenannten Wendepunkten der Reparationspolitik änderte sich aber nichts außer dem Namen unter dem die Ausplünderung der deutschen Arbeiterschaft und der anderen werktätigen Schichten erfolgte. Und wenn heute, besonders auf die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern hingewiesen wird, die einer Aenderung oder gar Beseitigung der Reparationszahlungen nutzbar gemacht werden sollen, so ist das ebenfalls ein Trugschluß. So wie die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen geschlossen gegenüberstehen, und überall Verschlechterungen durchsetzen wo sie nur können, so auch die imperialistische Meute, wenn es darum geht, die Reparationszahlungen aufrechtzuerhalten. Und so wie die Arbeiter nur im einheitlichen und geschlossenen Kampf unter revolutionärer Führung ihre Forderung durchsetzen können, so werden das Proletariat und unter seiner Führung alle übrigen werktätigen Schichten sich nur dann aus der Youngsklaverei befreien, wenn sie sich selbst im eigenen Lande freigemacht haben.

Bis jetzt weist die Geschichte nur ein Beispiel auf, wo das werktätige Volk, unter Führung des Proletariats, die soziale und nationale Befreiung wirklich erkämpft hat. Das ist Sowjetrußland. Dem Sturz des Zarismus und der demokratischen Regierung, den Herrschaftsformen der russischen Bourgeoisie durch die Oktoberrevolution von 1917 folgte nicht nur die Enteignung der kapitalistischen Unternehmer und der Großgrundbesitzer, sondern auch die Annullierung sämtlicher Schulden Rußlands an das Ausland. Durch dieses große Werk des russischen Proletariats wurde der Weg freigemacht für den Aufstieg des ganzen arbeiten-